

# Unser gemeinsames Interesse

Warum Europas Probleme globale Lösungen und  
globale Probleme Europas Handeln benötigen  
Zusammenfassung



**European Think Tanks Group**  
September 2014



# Unser gemeinsames Interesse:

## Warum Europas Probleme globale Lösungen und globale Probleme Europas Handeln benötigen

### Zusammenfassung

#### Autorinnen und Autoren

San Bilal  
Neil Bird  
Clara Brandi  
Clare Castillejo  
Raphaëlle Faure  
Mark Furness  
Mikaela Gavas  
Alejandro Guarín  
Volker Hauck  
Alisa Herrero  
Jodie Keane  
Niels Keijzer  
Daniel Keohane

Svea Koch  
Florian Krätke  
James Mackie  
Simon Maxwell  
Alfonso Medinilla  
Mario Negre  
Andrew Norton  
Quentin de Roquefeuil  
Imme Scholz  
Andrew Shepherd  
Andrew Sherriff  
Jan Vanheukelom  
Frauke de Weijer

#### Warum muss Europa handeln?

##### Gegenseitige Abhängigkeit und gemeinsames Interesse – Kernstück der neuen EU-Agenda

Europa kann nur gedeihen, wenn in der Welt insgesamt Nachhaltigkeit, Wohlstand und Frieden herrschen. In diesem Bericht vertreten wir die Auffassung, dass die Zeit bis 2020 eine echte Chance für den Übergang in eine integrativere, friedlichere, wohlhabendere und gerechtere Welt bietet – und dass Europa dabei eine zentrale Rolle zukommt. Im Jahr 2015 werden bei den Vereinten Nationen (UN) das globale Post-2015-Abkommen über einen Rahmen für nachhaltige Entwicklung

und bei UN-Gesprächen in Paris ein globales Klimaschutzabkommen geschlossen. Beide Vereinbarungen werden für alle Länder dieser Welt gelten, ganz gleich ob Industrie- oder Entwicklungsland.

Die letzten Jahre waren für Europa nicht einfach. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der globalen Finanzmärkte ist zwar gesunken, doch die Rezession in Europa ist hartnäckig und tiefgreifend. Vor allem Jugendliche, die vielfach keine Arbeit finden, bekommen das zu spüren. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Europäische Union (EU) ist auf einem historischen Tiefstand. Die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 offenbarte eine steigende Zahl EU-kritischer Politiker, die sich die öffentliche Unzufriedenheit zunutze machten.

Den vollständigen Bericht finden Sie unter: [www.ettg.eu](http://www.ettg.eu)

Finanzinstabilität, weit verbreitete dauerhafte und extreme Armut, wachsende Ungleichheit, Klimawandel, Gewaltkonflikte – für all das gibt es auf globaler Ebene keine Lösungen. Noch immer leben mehr als 1 Mrd. Menschen von weniger als 1,25 USD pro Tag in absoluter Armut. Trotz der wachsenden wirtschaftlichen Konvergenz zwischen Entwicklungsländern und fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und den sozialen Bereich weiterhin beängstigend: Nahezu 1,5 Mrd. Menschen gehen einer unsicheren Beschäftigung nach, und 839 Mio. Arbeitnehmer gelten als erwerbstätige Arme: Ihnen gelingt es nicht, mehr als 2 USD pro Tag zu verdienen. 45 Prozent der Todesfälle unter Kindern sind auf Unterernährung zurückzuführen. Immer noch sterben jährlich 300.000 Frauen bei der Entbindung. Weltweit sind mehr als 1,5 Mrd. Menschen von Gewaltkonflikten betroffen. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg überschreitet die Zahl der weltweit Vertriebenen die 50-Millionen-Grenze.

Diese Themen sind nicht voneinander isoliert: Innere und äußere Probleme sind oft die zwei Seiten einer Medaille. Das Ausmaß menschlichen Leids ist schon für sich genommen in-

akzeptabel. Jedoch liegt es, jenseits internationaler Solidarität, auch im Eigeninteresse der EU, globale Probleme zu lösen: Mehr Wohlfahrt und Gleichheit außerhalb Europas tragen zu Wirtschaftswachstum bei, fördern Investitionen und verbessern Governance – all das hilft der EU, ihre migrations-, asyl- und sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen. Ökologische Nachhaltigkeit in Europa ist nur erreichbar, wenn die Welt im Kampf gegen den Klimawandel an einem Strang zieht. Sicherheit in Europa ist nur garantiert, wenn in anderen Teilen der Welt dauerhaft Frieden herrscht. Umgekehrt hängen Wohlstand, Nachhaltigkeit und Frieden in der Welt auch vom Handeln in Europa ab. Wie Javier Solana, der ehemalige Hohe Vertreter der Union für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unlängst bemerkte, hängt die größte Herausforderung der EU mit der Steuerung globaler Interdependenz zusammen – und mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen, die aus der Welt Europas Nachbarn machen.<sup>1</sup>

#### Die Welt und die EU stehen vor fünf Herausforderungen

Die fünf größten Herausforderungen sind nur zu meistern, wenn die EU alle Ressourcen und Akteure mobilisiert:

**Die Zeit bis 2020 bietet eine echte Chance für den Übergang in eine integrativere, friedlichere, wohlhabendere und gerechtere Welt - und Europa kommt dabei eine zentrale Rolle zu.**

1. Die Weltwirtschaft. Wird die Weltwirtschaft gerechter, krisenfester und demokratischer? Leistet die EU einen Beitrag zu einer besseren und umfassenderen Handels- und Finanzpolitik, die die Mitwirkung aller ermöglicht?
2. Ökologische Nachhaltigkeit. Ist die Welt auf einem nachhaltigeren Kurs, auf dem die EU ihre internen und externen Aufgaben erfüllt, gerade mit Blick auf den Klimawandel und die gebotene „grüne“ Wirtschaft?
3. Frieden und Sicherheit. Wird die Welt friedlicher und sicherer? Und trägt die EU zur Vermeidung von Gewaltkonflikten und zu friedlichen Gesellschaften bei?
4. Demokratie und Menschenrechte. Wird die *Global Governance* besser und demokratischer? Werden die Menschenrechte weltweit stärker geachtet?

Handelt die EU so, dass sie einen demokratischen Politikwechsel effektiv unterstützen kann?

5. Armut und Ungleichheit. Gehen Armut und Ungleichheit zurück? Handelt die EU so, dass sie die Ursachen von Armut und Ungleichheit effektiv bekämpfen kann?

Nur eine führungsstarke, politisch richtungsweisende EU kann politische Konzepte für diese Herausforderungen in effektives gemeinsames Handeln umsetzen. Ein neuer Ansatz verlangt eine globale Strategie, die interne und externe Maßnahmen und neue Arbeitsweisen mit innovativen Systemen, Prozessen und Anreizen verknüpft.

#### Die EU verfügt über die gesetzlichen und politischen Bausteine und die finanziellen Mittel

Die „Grundsteine“ sind gelegt, unter ihnen der Vertrag von Lissabon, die Strategie „Europa 2020“, der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik von 2005 und die „Agenda für den Wandel“ der EU von 2012 (siehe Kasten A).

Ihre Instrumente findet die EU in verschiedenen Abschnitten des Vertrags von Lissabon. Zu den Politikbereichen auswärtigen Handelns gehören Entwicklungszusammenarbeit (EZ), humanitäre Hilfe, Handel, Migration, Landwirtschaft, Fischfang, Umweltschutz, Energie, Klimawandel, Forschung und Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU besitzt ausschließliche Zuständigkeit im Bereich Handel, nicht jedoch in den Bereichen

<sup>1</sup> Siehe: [www.project-syndicate.org/commentary/javier-solana-offers-a-plan-to-renovate-the-eu-s-increasingly-ineffective-and-unpopular-institutions](http://www.project-syndicate.org/commentary/javier-solana-offers-a-plan-to-renovate-the-eu-s-increasingly-ineffective-and-unpopular-institutions)

## Kasten A: Der übergeordnete politische Handlungsrahmen

Der Vertrag von Lissabon<sup>i</sup>, Dezember 2007:

In Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union heißt es:

Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.

Europa 2020<sup>ii</sup>:

Gemäß der Strategie soll Wachstum intelligent, nachhaltig und integrativ sein. Es hat eine globale Dimension. In der Erklärung<sup>iii</sup> der EU-Staaten heißt es:

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird den exportorientierten Unternehmen in Europa neue Chancen eröffnen und einen Zugang zu wichtigen Einfuhren zu wettbewerbsfähigen Bedingungen gewährleisten ... Ein offenes Europa innerhalb eines auf Regeln gegründeten internationalen Rahmens ist der beste Weg, die Globalisierung für mehr Wachstum und Beschäftigung zu nutzen. Gleichzeitig muss die EU in der Welt selbstbewusster auftreten und bei der Gestaltung der künftigen Weltwirtschaftsordnung in den G20 eine führende Rolle einnehmen. Darüber hinaus wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, mit Schwellenländern strategische Beziehungen einzugehen, ...

Agenda für den Wandel<sup>iv</sup>:

... die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Armutsbeseitigung ... zählt zu den Prioritäten des auswärtigen Handelns der EU bei der Förderung ihrer Interessen hinsichtlich einer von Stabilität und Wohlstand gekennzeichneten Welt. Die Entwicklungspolitik begegnet zudem auch anderen globalen Herausforderungen und trägt zur Strategie Europa-2020 bei.

i Vollständiger Wortlaut abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:FULL:DE:PDF>

ii Siehe: [http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index_de.htm)

iii Siehe: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>

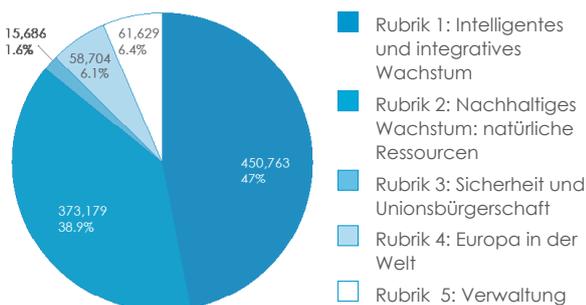
iv Vollständiger Wortlaut abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/agenda\\_for\\_change\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/agenda_for_change_de.pdf)

EZ, Außenpolitik oder Klimawandel. Doch auch dort, wo die EU keine ausschließliche Zuständigkeit hat, wird sie durch eine effektive Führerschaft kohärente und von EU-Institutionen und Mitgliedsregierungen gut aufeinander abgestimmte Politiken und Kooperationen wirkungsvoller fördern können.

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für den Zeit-

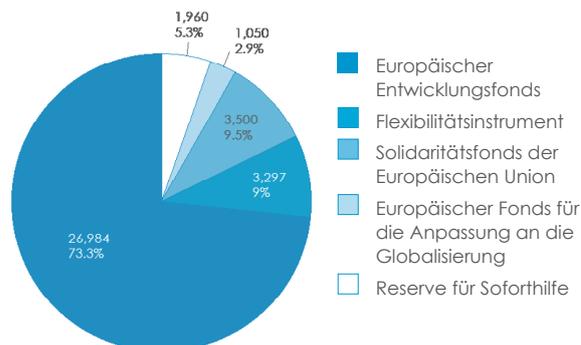
raum 2014–2020 ist auf 960 Mrd. € (zu Preisen von 2011) festgelegt worden, eine Kürzung der Mittel um 3,44 Prozent gegenüber dem MFR 2007–2013. Abbildung A zeigt, wie sich die 960 Mrd. € auf die einzelnen Rubriken des MFR verteilen. Gut 6 Prozent des EU-Haushalts sind für globale Herausforderungen bestimmt. Abbildung B nennt die Instrumente außerhalb des Haushaltsplans,

**Abbildung A: Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020 (in Mio. €, Preise von 2011)**



Quelle: Eigene Darstellung

**Abbildung B: Instrumente außerhalb des Haushaltsplans 2014-2020 (in Mio. €, Preise von 2011)**



Quelle: Eigene Darstellung

zum Beispiel den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Dieser stellt knapp 27 Mrd. € für die nächsten sieben Jahre bereit (zu Preisen von 2011), ist aber bis 2020 auf aktuellem Niveau eingefroren worden. Gleichwohl ist die EU mit einem Jahresbudget für Entwicklungszusammenarbeit von etwa 12,5 Mrd. € ein größerer Beitragszahler als ihre Mitgliedstaaten und der zweitgrößte Geber im Entwicklungsausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Eine Überprüfung des MFR ist für 2016/17 vorgesehen. Dabei wird gegebenenfalls über die Neuverteilung von Mitteln auf die einzelnen Haushaltsrubriken nachgedacht werden.

## Was muss die Europäische Union tun?

### 1 Ein Wachstumsmodell für das 21. Jahrhundert mitgestalten, das die Bedeutung verantwortungsvoller Handels- und Finanzpolitik unterstreicht

Die Grenzen heutiger Marktsteuerungsmodelle sind in den letzten Jahren offen zutage getreten. Vor allem zwei politische Instrumente ragen heraus: eine verantwortungsvolle Handelspolitik und eine global abgestimmte Finanzpolitik. Diese Instrumente haben eine besondere Bedeutung, weil sie ggf. einen erheblichen Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft nehmen können und weil nur gemeinsames Handeln auf EU-Ebene gewährleistet, dass sie erfolgreich eingesetzt werden.

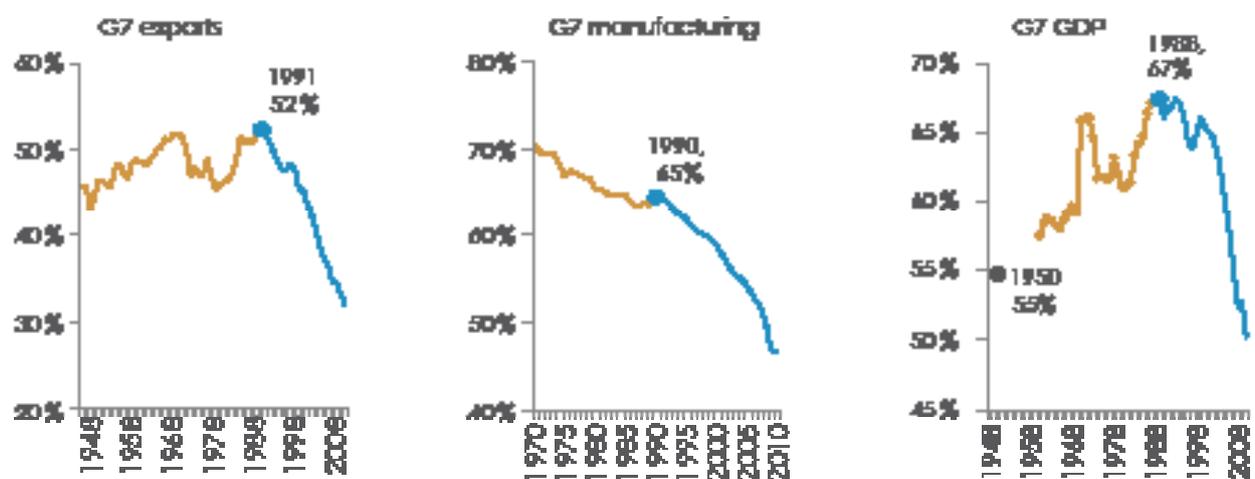
### Eine verantwortungsvolle Handelspolitik

Der Handel ist und bleibt ein entscheidender Motor des Fortschritts. Seit den 1980er Jahren ist der Handel zweimal schneller gewachsen als das Bruttonationaleinkommen (BNE). Allerdings hat sich die private Investitions- und Handelslandschaft mit der Entstehung stark differenzierter globaler Lieferketten und Produktionsnetzwerke in den letzten Jahren sehr verändert: Der Handel in globalen Wertschöpfungsketten umfasst zunehmend wertsteigernde Elemente, die an vielen unterschiedlichen Orten ergänzt werden. Daher wird auch vom „Handel mit Vorleistungen“ gesprochen. Mittlerweile machen Zwischenprodukte 60 Prozent des gesamten Welthandels aus, während der Anteil der in den G7 produzierten und exportierten Waren in den vergangenen 20 Jahren merklich geschrumpft ist (siehe Abbildung C).

Gleichzeitig ist der Finanzsektor rasant gewachsen. Im Jahr 1980 lagen die Kapitalanlagen weltweit bei ca. 12 Billionen USD – eben oberhalb eines Eins-zu-eins-Verhältnisses zum globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dieses Verhältnis hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten zugunsten des Kapitals in ein Drei-zu-eins-Verhältnis verwandelt: 2010 beliefen sich die weltweiten Kapitalanlagen auf 212 Billionen USD, während das globale BIP etwa 65 Billionen USD betrug.

Nationalen Aufsichtsbehörden gelingt es bislang nicht, mit dem Wandel des Welthandels und der Finanzströme Schritt zu halten, vor allem da dieser Prozess größtenteils von Offshore-Finanzzentren außerhalb der Reichweite nationaler Finanzbehörden gesteuert wird.

Abbildung C: Globale Veränderungen bei Welthandel, Industrieproduktion und BIP



Quelle: Baldwin, R. (2013) in R. Baldwin, M. Kawai, and G. Wignaraja, *The Future of the World Trading System: Asian Perspectives*. London: Centre for Economic Policy Research. Zum Abruf bereit unter: [www.voxeu.org/sites/default/files/Future\\_World\\_Trading\\_System.pdf](http://www.voxeu.org/sites/default/files/Future_World_Trading_System.pdf)

Hinweis: Das Diagramm zeigt den Prozentsatz der G7-Anteile im Vergleich zur übrigen Welt.

Da inzwischen etwa ein Drittel des Welthandels innerhalb von multinationalen Unternehmen abgewickelt wird, ist relativ offen, wie dieser konzerninterne Handel nachverfolgt und besteuert werden soll.

Seit den 1980er Jahren ist die EU eine der Haupttriebkraft regionaler Freihandelsabkommen (FTAs) – ein Trend, der unvermindert anhält. Die EU will den Handel beispielsweise durch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten), durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA sowie durch FTAs mit ASEAN (Verband Südostasiatischer Staaten) oder MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens) ausweiten. Allerdings bestehen Bedenken, regionale FTAs könnten die Handelsströme umlenken, nicht-tarifäre Handelshemmnisse (vor allem für nicht teilnehmende Länder) vermehren und das internationale Handelsregime generell negativ beeinflussen. In der Tat gibt es Beispiele dafür, dass die EU regionale Integrationsbemühungen einiger Entwicklungsländer untergräbt, anstatt sie zu fördern.

Besonders problematisch sind EPAs. Bisher wurde nur ein umfassendes regionales EPA (mit der Karibik) unterzeichnet und ratifiziert, während vier reduzierte Abkommen mit einzelnen Ländern Afrikas in Kraft getreten sind. Weitere werden derzeit (mit Frist Oktober 2014) verhandelt. Doch es besteht die sehr reale Gefahr, dass durch die Verhandlungen mit der EU laufende Bemühungen von AKP Staaten regionale Integration zu fördern, untergraben werden. Zudem wird es in manchen Wirtschaftszweigen in Entwicklungsländern, etwa im Schnittblumen- und Gartenbausektor in Kenia, zu einer Zollerhöhung kommen, wenn EPAs nicht unterzeichnet werden. Das EPA-Konzept in seiner jetzigen Form hat der Glaubwürdigkeit der EU und ihrer Beziehungen zu Entwicklungsländern geschadet.

Die Investitionspartnerschaft EU-USA, sofern sie zustande kommt, könnte die Handels- und Investitionsbeziehungen der beiden weltgrößten Handelsblöcke spürbar beleben und festigen. Gleichwohl müssen im Falle der Unterzeichnung dieser ambitionierten Partnerschaft ihre Folgen für das Welthandelssystem und für Schwellen- und Entwicklungsländer genauer beobachtet werden. Da die Zölle zwischen den zwei Blöcken bereits niedrig sind, wird in den Verhandlungen viel über nicht-tarifäre Handelshemmnisse und die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen gesprochen. Die Auswirkungen für Entwicklungsländer werden davon abhängen, ob die EU und die USA die gegenseitige Anerkennung,

Gleichstellung oder Vereinheitlichung ihrer Standards beschließen. Werden sie vereinheitlicht, ist die für andere Länder entscheidende Frage, ob man sich auf die jeweils höheren oder niedrigeren Standards einigt.

Die Europäische Union sollte:

- Mehr tun, um die Handels- und Entwicklungsmöglichkeiten für Länder zu verbessern, die für Freihandelsabkommen noch nicht bereit sind. So könnte die EU den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) die gleichen Vergünstigungen bieten, die sie in FTAs gewährt. Das hieße eine Ausweitung und Verbesserung des Allgemeinen Präferenzsystems (APS), etwa Zugeständnisse beim Handel mit Dienstleistungen, um die bedürftigsten Länder zu unterstützen. Das unlängst auf der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vereinbarte Bali-Paket muss realisiert werden, besonders die Mittel für Handelserleichterungen (Handelshilfe). Dies sollte zusätzliche öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) sein. Die EU könnte mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie auf Forderungen der LDC-Gruppe nach Ursprungsregeln und der Einführung von Ausnahmeregelungen für Dienstleistungen konstruktiv reagiert.
- Ihr Konzept verbessern, wie sich die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Effekte der neuen Handels- und Investitionsvereinbarungen bewerten lassen. Die Nachhaltigkeitsprüfung, mit der Vereinbarungen bislang bewertet werden, ist unzureichend und bezieht die Wirtschaft bewusst weder in den Verhandlungsprozess noch in die Durchführungsphase ein.
- Sicherstellen, dass die Auswirkungen des TTIP auf Schwellen- und Entwicklungsländer und auf das Welthandelssystem als Ganzes in den laufenden Verhandlungen ausreichend beachtet werden. Zu berücksichtigen ist dabei, ob TTIP und andere Handelsabkommen mit den künftigen Post-2015-Zielen vereinbar sind.

### Eine abgestimmte Finanzpolitik

Die EU und ihre Partner sollten die Steuerung globaler Finanzmärkte und die Reformierung internationaler Finanzinstitutionen, einschließlich der G20, untereinander abstimmen. Gebraucht werden transparente, allgemein anerkannte Anstöße zu wirtschaftspolitischer Abstimmung. Bestehende EU-Krisenmechanismen müssen an neue Umstände angepasst werden, wobei ein Ex-ante-Ansatz einem Ex-post-Ansatz vorzuziehen ist.

Einen wichtigen Schwerpunkt sollten Maßnahmen

bilden, die gegen illegale Finanzströme aus und in Entwicklungsländer gerichtet sind. Entsprechende Maßnahmen sollten darauf abzielen, beispielsweise den Informationsaustausch zu verbessern und mehr Transparenz zu schaffen. Entwicklungsländer haben in den letzten zehn Jahren geschätzte 6 Billionen USD durch illegale Finanzströme verloren, vielfach in Verbindung mit Steuervermeidung. Einige der weltweit bekanntesten Steueroasen liegen auf dem Hoheitsgebiet von EU-Mitgliedstaaten, etwa in britischen Überseegebieten. Und die Steuerpolitik von Mitgliedstaaten wie Österreich, Niederlande, Luxemburg, Zypern, Irland und Großbritannien beschäftigt sich immer noch unzureichend mit der Frage, woher die von Ausländern investierten Gelder stammen. Die EU sollte Vorbild sein, wenn es darum geht, einen automatischen Steuer-Informationsaustausch zu fördern. Die neue EU-Führung darf nicht müde werden, die Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Standards der Financial Action Task Force (Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung) zu motivieren, die die Unternehmen verpflichten, Eigentumsdaten offenzulegen, und aus einem Steuervergehen eine explizite Straftat machen.

Die EU kann auf diese Weise zu einem Wachstumsmodell für das 21. Jahrhundert beitragen, das eine Vision für nachhaltige Entwicklung formuliert.

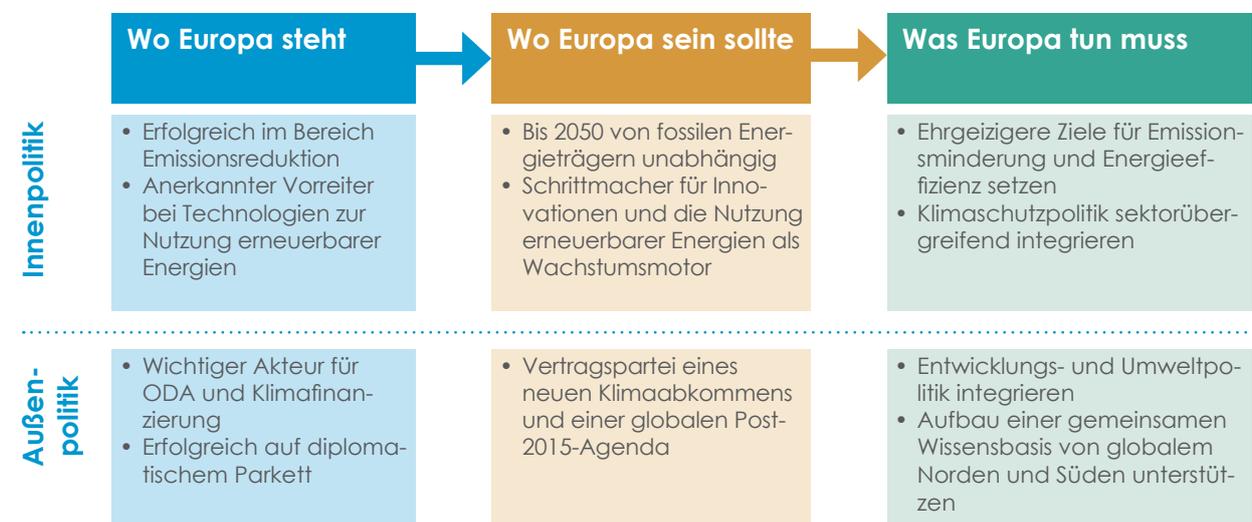
**Die EU kann zu einem Wachstumsmodell für das 21. Jahrhundert beitragen, das eine Vision für nachhaltige Entwicklung formuliert.**

## 2 Ein ambitioniertes globales Klimaschutzabkommen erarbeiten und den Übergang in eine grüne Marktwirtschaft unterstützen

Nur mit einer entschlossenen, einflussreichen und führungsstarken EU wird es gelingen, 2015 ein substanzielles Klimaabkommen und eine anspruchsvolle globale Post-2015-Agenda auf den Weg zu bringen. Sorge bereitet indes, dass die EU in ihren eigenen Bemühungen nachzulassen scheint. Dies schadet ihrer Glaubwürdigkeit als globale Wegbereiterin einer fortschrittlichen Klimaschutzpolitik. Kommt kein Klimaabkommen zustande, wäre das ein erheblicher Schlag für globale Kooperation, der auch die Bürger Europas und ihre Volkswirtschaften trübe. Eine proaktive Klima- und Energiepolitik würde dagegen helfen, Europas Wettbewerbsvorteil in den Bereichen Entwicklung und Umsetzung kohlenstoffarmer Technologien zu erhalten und seine Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern zu verringern.

Für Umweltthemen und Klimamaßnahmen hat sich die EU politisch sehr stark gemacht, nicht nur innerhalb Europas, sondern auch auf internationalem Parkett. Die EU hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Sie hat Fortschritte erzielt bei der Senkung der eigenen Emissionen und bei der Unterstützung anderer Länder, die das gleiche anstreben. Die EU verfolgt das Ziel, ihren Kohlendioxid-Ausstoß bis 2020 um 32 Prozent gegenüber 1990 zu

**Abbildung D: Wo Europa ist, wo es sein sollte und was es gegen den Klimawandel tun muss**



Quelle: Eigene Darstellung

senken und bis 2050 eine Plattform für eine von fossilen Energieträgern unabhängige Wirtschaft zu schaffen. Auf internationaler Ebene hat die EU mehrere Initiativen finanziert, etwa die Globale Allianz gegen den Klimawandel, um Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern voranzubringen.

Kurzzeitige wirtschaftliche Probleme haben jedoch den EU-internen Reformprozess ins Stocken gebracht und den Ehrgeiz der EU, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, gedämpft. Gleichzeitig machen andere Länder wie die USA, Brasilien und Indien bei der Förderung erneuerbarer Energien Fortschritte. Im Übrigen sind die (wenngleich beachtlichen) Leistungen der EU zu gering, um die Überschreitung der planetarischen Grenzen zu verhindern. Wenn sich die EU offensiver dafür einsetzt, ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern und die Energieeffizienz zu steigern, wird dies der Wirtschaft auf lange Sicht zugutekommen und die geopolitische Rolle der EU aufwerten.

Interne und externe Ambitionen müssen zukünftig Hand in Hand gehen. Die EU sollte weitreichende Maßnahmen innerhalb der eigenen Grenzen ergreifen, um als Wegbereiterin einer fortschrittlichen Klima- und Umweltpolitik glaubwürdig zu bleiben. Diesen Ansatz sollte sie mit verstärkten Investitionen in die internationale Diplomatie und Kooperation abrunden und dabei ihre beträchtliche Expertise in der EZ nutzen (siehe Abbildung D).

Um ihren Einfluss und ihre Stellung zu wahren, muss die Europäische Union:

- Ihre eigene Umweltbilanz verbessern, indem sie sich ehrgeizigere und nachhaltigere Klima-, Wachstums- und Energieziele setzt und die politischen Reformen durchführt, die es ihr ermöglichen, diese Ziele auch zu erreichen.
- Unbedingt ihre guten Außenbeziehungen und ihr hohes Ansehen als internationaler Entwicklungsakteur dazu nutzen, weltweit fortschrittliche Umweltpolitiken zu unterstützen und sicherzustellen, dass 2015 ein globales Klimaabkommen zustande kommt.
- Ihre Anstrengungen erhöhen, eine gemeinsame Wissensbasis Europas und der Schwellen- und Entwicklungsländer aufzubauen, die den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung ermöglicht, zum

**Interne und externe Ambitionen müssen zukünftig Hand in Hand gehen. Die EU sollte weitreichende Maßnahmen innerhalb der eigenen Grenzen ergreifen, um als Wegbereiterin einer fortschrittlichen Klima- und Umweltpolitik glaubwürdig zu bleiben.**

Beispiel im Rahmen des EU-Forschungsprogramms „Horizont 2020“.

Im Einzelnen heißt das,

- Der nächste Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik sollte, in enger Abstimmung mit dem Kommissar für Klimaschutz, dem Kommissar für Entwicklung und der EU-Führung, das Profil der EU im Bereich Klimawandel und kohlenstoffarme Entwicklung schärfen.
- Der Europäische Auswärtige Dienste (EAD) sollte seine Kapazitäten ausbauen, um sich auf EU-Ebene und auf der Ebene der EU-Delegationen stärker im Kampf gegen den Klimawandel zu engagieren.
- Die neuen Kommissare für Entwicklung und Umwelt sollten die Integration der Entwicklungs- und Umweltpolitik vorantreiben, auch mithilfe der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung und durch die Veröffentlichung einer Kommunikation zu Entwicklung und Klimawandel.
- Die EU sollte sich dafür einsetzen, dass globale und nationale Umweltziele in eine überarbeitete Definition von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) integriert werden, damit sich Beiträge zu inklusiver und nachhaltiger Entwicklung messen und vergleichen lassen.
- Die EU muss wesentlich mehr in bilaterale strategische Partnerschaften für grüne Transformation und Klimaschutz investieren (zum Beispiel mit China und

Indien) und andere Länder dazu einladen, sich an neuen Finanzierungsmechanismen einer wechselseitigen Kooperation für den Schutz und die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu beteiligen. Die Entwicklung transformativer Bündnisse für eine kohlenstoffarme Entwicklung sollte in den nächsten Jahren hohe Priorität haben.

- Neue europäische Initiativen

wie die Globale Allianz gegen den Klimawandel sollten fortgeführt werden, um den Folgen des Klimawandels in den weltweit am stärksten gefährdeten Ländern wirksamer entgegenzutreten.

### **3 Mit gemeinsamen Beschlüssen und besserer Arbeitsteilung Konflikt und Fragilität bekämpfen**

Weltweit sind mehr als 1,5 Mrd. Menschen von Gewaltkonflikten und Unsicherheit betroffen – eine der größten

außen- und entwicklungspolitischen Herausforderungen für die EU und die neue Kommission in den nächsten Jahren. Das strategische Umfeld der EU verändert sich, weltweit wie auch in ihrer direkten Nachbarschaft. In EU-Kreisen wird inoffiziell von mehr als 50 fragilen, konfliktanfälligen oder von Konflikten betroffenen Ländern gesprochen, in denen die EU präsent ist oder Interessen verfolgt. Länder wie Ägypten, Irak, Libyen, Mali, Syrien, die Ukraine und die Zentralafrikanische Republik stehen 2014 ganz oben auf der EU-Agenda. Die EU und ihre Bürger bekommen die Begleiteffekte ungelöster Gewaltkonflikte in Afrika, dem Nahen Osten und europäischen Nachbarstaaten zunehmend direkt zu spüren.

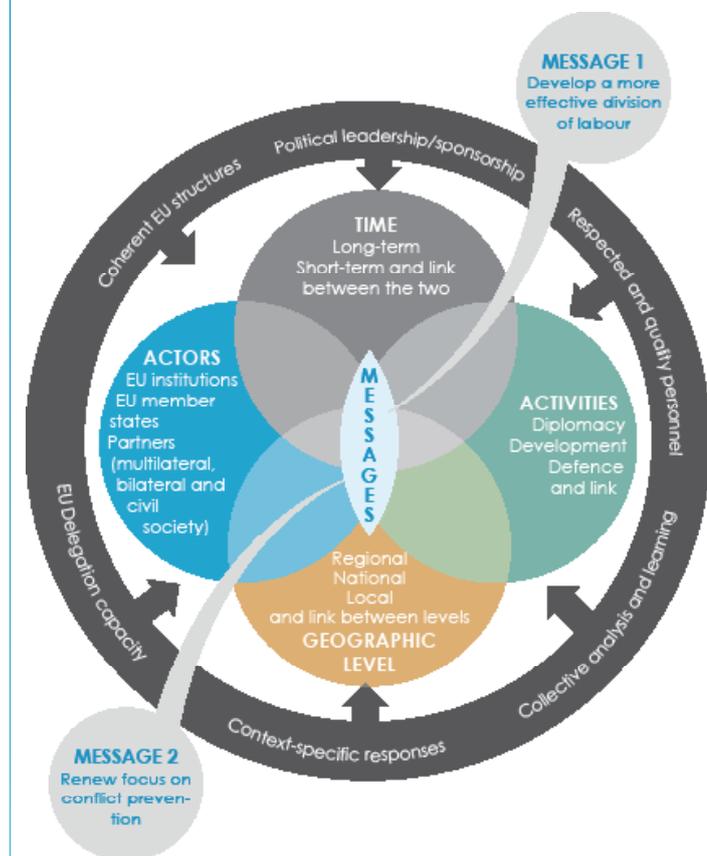
Die EU nimmt dort eine Führungsrolle ein, wo es eindeutig gefordert und der Raum dafür vorhanden ist, bzw. wo die EU bessere Einflussmöglichkeiten hat als andere Akteure (zum Beispiel in der Nachbarschaft). In anderen Regionen der Welt ist die EU bemüht, die UN, Regionalorganisationen, nationale Behörden oder die Zivilgesellschaft zu unterstützen. Die EU reagiert oft schnell, wenn es zu einer Krise kommt. Die EU sollte ihre Unterstützung für andere Akteure wie die UN weiter ausbauen. Sie kann besonders da wichtig sein, wo es den EU-Institutionen gelingt, ihren wahren Mehrwert zu nutzen: Die EU-Institutionen haben weniger strategische Interessen als andere bilaterale Akteure; sie können langfristige Partnerschaften eingehen; sie haben eine weltweite und langfristige Präsenz; eine kritische Masse finanzieller Investitionen in vielen Ländern; ein Angebot an kurz- und langfristigen Finanzierungsinstrumenten; Glaubwürdigkeit als Förderer von Demokratie und Menschenrechten und die Möglichkeit, einen integrierten Ansatz zu verfolgen.

In den vergangenen zehn Jahren haben die EU-Institutionen ihre Kapazitäten gestärkt, um auf Konflikte reagieren und Fragilität bekämpfen zu können. In der Vergangenheit konnte noch argumentiert werden, dass die praktischen Grundlagen für eine bessere Antwort der EU auf Konflikt und Fragilität fehlten. Es mangelte an allem, von der politischen Orientierung über fachlich spezialisierte Einheiten, angepasste Finanzierungsinstrumente und operative Kapazitäten bis hin zum Kommissionsmandat oder dem EAD selbst. Unserer Einschätzung nach sind die wichtigsten Komponenten inzwischen jedoch installiert und ar-

beiten größtenteils zufriedenstellend. Insofern wird die Behauptung, die EU-Institutionen verfügten nicht über die richtigen Instrumente, immer unglaubwürdiger. Eine fundamentale Aufgabe bleibt jedoch noch zu bewältigen: Die Puzzleteile müssen so zusammengesetzt werden, dass sie mehr ergeben als die Summe ihrer Einzelteile. Die Kompetenzen und Kapazitäten der EU müssen so ineinandergreifen, dass sie zu wirklicher Kooperation anregen, anstatt zu Doppelstrukturen, Spaltung und sinnlosem Wettbewerb. Das jüngste Bemühen um einen ernst gemeinten, umfassenden EU-Ansatz samt zugehörigem Aktionsplan sind daher lediglich als Ausgangsbasis einer besseren Zusammenarbeit zu verstehen.

Neben der Arbeit der EU-Institutionen ist die Erkenntnis wichtig, dass europäische Politik für den Umgang mit externen Konflikten und Krisen wirkungslos bleibt, wenn es seitens der Mitgliedstaaten an politischer und militärischer Unterstützung (oder ggf. einer Führungsrolle) fehlt. Neuere Untersuchungen zeigen, dass die Bereitschaft von Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Schweden und Spanien, sich am Nexus zwischen Sicherheit, Stabilisie-

**Abbildung E: Ausweitung und Vertiefung des EU-Konzepts für Konflikt und Fragilität**



Quelle: Eigene Darstellung

nung, Wiederherstellung und Entwicklung – dem Kern der Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) – zu engagieren, von verschiedenen Faktoren abhängen: Erstens vom Willen (bzw. der politischen Fähigkeit) der Mitgliedstaaten, Gewalt anzuwenden, oder, um es anders auszudrücken, von ihrer „strategischen Kultur“, und zweitens von ihrer Bereitschaft, sich politisch in die Union zu integrieren.

Einige Länder (wie Italien) erreichen auf beiden Achsen eine hohe Punktzahl, andere (wie Großbritannien) nur auf einer.

Unter der neuen Führung sollte die EU zur Bekämpfung von Konflikt und Fragilität folgende Prioritäten setzen und in jedem Fall den Konfliktkontext als Ausgangspunkt nehmen (siehe Abbildung E):

- Entwicklung und Einführung einer effektiveren „Arbeitsteilung“ zwischen den EU-Institutionen sowie zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten (auf globaler Ebene und mit Blick auf den einzelnen geographischen Kontext), um einheitliches Handeln zu stärken. Auf globaler Ebene sollte die EU ihre Rolle als „optimal unterstützender Akteur“ beispielsweise für die UN oder regionale Organisationen in den Bereichen Politik und Finanzierung weiterentwickeln.
- Stärkere Fokussierung auf Konfliktprävention. Die EU sollte mehr Ressourcen in mehrdimensionale Konfliktprävention investieren. In Anbetracht der Ereignisse in Afrika, der Ukraine, dem Nahen Osten und EU-Nachbarländern muss die EU einsehen, dass Krisenmanagement allein nicht ausreicht, zu teuer ist und zudem ihren grundlegenden langfristigen Interessen schadet. Wiederholt hat die EU davon gesprochen und sich sogar verpflichtet, der Konfliktprävention mehr Gewicht zu geben. Und jetzt – mit neuer Führung, neuem Mandat und neuem Haushalt (der im Instrument für Stabilität und Frieden mehr Ressourcen für langfristigen Kapazitätsaufbau vorsieht) – ist die Zeit gekommen zu handeln. Erst kürzlich entwickelte Frühwarnsysteme und Konfliktanalyseverfahren und ein altbewährtes Mediations- und Dialogkonzept müssen auf höchster politischer Ebene gefördert und systematisch genutzt werden.

Die eigentliche Herausforderung für die neue Führung besteht jedoch darin, die Wirksamkeit der einzel-

**Die Behauptung, dass die EU-Institutionen nicht über die richtigen Instrumente verfügen, wird immer unglaubwürdiger. Eine fundamentale Aufgabe bleibt jedoch noch zu bewältigen: Die Puzzleteile müssen so zusammengesetzt werden, dass sie mehr ergeben als die Summe ihrer Einzelteile.**

nen Komponenten im Zusammenspiel zu erhöhen. Eine entschlossenerere Führung muss sich für neue Prioritäten stark machen und entsprechend gut ausgebildete Mitarbeiter einstellen, angemessen entlohnen und an sich binden. In einer eingehenden, ergebnisoffenen Überprüfung sollte die Frage beantwortet werden, ob die derzeitige institutionelle Struktur der EU Institutionen- und themenübergreifendes Denken und Handeln

in Bezug auf Konflikt und Fragilität hemmt oder fördert. So wird deutlich, ob das bestehende System bedarfsgerecht ist oder wo es Ansatzpunkte für Verbesserungen gibt.

#### **4 Demokratie und Menschenrechte fördern**

Weltweit wächst nicht nur die Forderung nach Achtung der Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und *Empowerment* von Frauen, sondern auch die Erkenntnis, dass diese Themen eng mit der Umsetzung umfassender Wirtschaftsagenden zusammenhängen.

Demokratie und Menschenrechte sind ein Kernelement der Identität der Europäischen Union. Was die Demokratie- und Menschenrechtsförderung betrifft, hat die EU einen komparativen Vorteil – zum einen durch ihr langjähriges Außenengagement in diesem Bereich, zum anderen dank der eigenen Erfahrungen mit Demokratisierung, aus denen sich wertvolle Lehren ziehen lassen. Überdies setzt sich die EU für eine breite Palette von Rechten ein, zum Beispiel Frauen- und Minderheitenrechte, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie staatsbürgerliche und politische Rechte, verfügt über Erfahrungen mit der Entwicklung dieser Rechte und ist bestrebt, sie in ihr Engagement mit Drittländern einzubeziehen. All dies ermöglicht es der EU, einen produktiven Beitrag zu einem integrierten Menschenrechtskonzept zu leisten.

Allerdings haben die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit, allen voran der arabische Frühling, die Kluft zwischen den Grundsätzen und Strategien der EU einerseits und ihrem Handeln und Einfluss andererseits offenbart. Die Ergebnisse der Demokratie- und Menschenrechtsförderung seitens der EU sind bestenfalls gemischt. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe: inkonsistentes politisches Engagement; Fokus auf technokratische Unterstützung und die Übertragung institutionel-

ler Blaupausen anstelle von politischen Ansätzen; eine starre Bürokratie sowie Schwierigkeiten, Reformen in Ländern außerhalb der EU in Gang zu setzen. In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft war der Einfluss der EU noch am größten, obschon auch dort begrenzt. Frauenrechte haben in den Außenmaßnahmen der EU weiterhin einen geringen Stellenwert.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die EU kürzlich neue politische Strategien und institutionelle Mechanismen erarbeitet, mit denen sie Demokratie und Menschenrechte umfassender und strukturierter fördern will. Dieser überarbeitete Politikrahmen gibt der EU die Möglichkeit, das ‚Wie‘ ihrer Demokratie- und Menschenrechtsförderung zu reformieren. Allerdings muss sie hierfür politisch kluge und für den jeweiligen Kontext relevante Konzepte entwerfen, die die Vielschichtigkeit und die in erster Linie national bedingten politischen Veränderungsprozesse anerkennen. Die EU sollte realistischer sein, mit Blick auf ihre Rolle als Förderin von politischen Reformen. Und sie sollte das sich wandelnde internationale Umfeld stärker berücksichtigen, etwa die steigende Zahl von Hybridregimen, den schwindenden Spielraum der Zivilgesellschaft, neue Formen bürgerlichen Handelns, das geringere (finanzielle) Gewicht der EU und den wachsenden Einfluss aufstrebender Mächte.

Falls die EU diese Herausforderungen meistert, könnte der neue politische Rahmen Grundlage eines erweiterten Konzepts mit folgenden Komponenten sein:

- Ein ernsthaftes politisches Engagement für Demokratie und Menschenrechte, basierend auf einer umfassenden Analyse des lokalen Kontextes. Besonders wichtig ist dabei, dass sich die EU-Akteure auf eine weit gefasste Definition von Demokratie einigen. Deren Basis muss ein Verständnis der Beziehungen zwischen Staat und Bürger sein, das auf Verantwortlichkeit, Transparenz und Ansprechbarkeit beruht, nicht auf bestimmten Institutionen und Regeln. Eine vereinfachte politische Konditionalität sollte die EU vermeiden. Vielmehr sollte sie realistischer mit Anreizen und Konditionen verfahren und versuchen, lokale Reformchancen zu nutzen. Die EU sollte internationale Triebkräfte bzw. Reformhemmnisse berücksichtigen und Anreize über verschiedene Bereiche ihres auswärtigen Handelns hinweg abstimmen. Zudem sollte sich die EU zusammen mit aufstrebenden Mächten viel differenzierter für diese Themen engagieren.

**Der neue Politikrahmen gibt der EU die Möglichkeit, das ‚Wie‘ ihrer Demokratie- und Menschenrechtsförderung zu reformieren.**

- Die Ausrichtung aller EU-Außenmaßnahmen auf Ziele, die Demokratie, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und das *Empowerment* von Frauen zum Gegenstand haben. Im ‚Strategischen Rahmen der EU für Menschenrechte und Demokratie‘ von 2012 wird betont, dass die EU diese Ziele in allen Bereichen ihres auswärtigen Handelns fördern wird, u. a. in den Bereichen Handel, Umwelt, Technologie und GSVP. Das heißt auch, dass sie ihr kollektives Gewicht nutzen wird, um globale Regeln zu fördern, die die Entwicklung demokratischer und verantwortlicher Staaten über eine Vielzahl von Politikfeldern hinweg nicht untergraben, sondern vorantreiben. Dies ist besonders relevant im Fall von illegalen Finanzströmen, transnational organisierter Kriminalität, Migration, Waffenhandel, dem Management natürlicher Ressourcen und Umweltschutz.
- Die kohärentere Verknüpfung von Politiken und Fördermechanismen für die Zivilgesellschaft, etwa durch Finanzierungs- und Dialogangebote, und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in bilaterale EU-Partnerland-Strategien. Der Schutz und die Stärkung der Zivilgesellschaft könnten mehr in den Mittelpunkt bilateraler Abkommen der EU gerückt werden (wie im Falle des umstrittenen Abkommens zwischen der EU und der Ukraine).
- Eine strategische Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und die vereinfachte Anwendung neuer Finanzierungsmodalitäten, die einen flexiblen, transparenten und kostengünstigen Zugang zu Ressourcen auf lokaler Ebene erleichtern.
- Eine verstärkte Zusammenarbeit mit politischen Parteien, die deren Bedeutung würdigt, aber auch die Risiken ihrer Unterstützung kennt. So unterstrich das Europäische Parlament in seinem Bericht über die außenpolitischen Maßnahmen der EU zur Förderung der Demokratisierung vom Juni 2011 die Notwendigkeit, „die Organisation demokratischer politischer Parteien, besonders der Parteien, die demokratische Werte vertreten, zu unterstützen, ohne sich für ein politisches Lager zu entscheiden“.

## 5 Die Ursachen von Armut und Ungleichheit beseitigen

Das anhaltende Wirtschaftswachstum und die allgemeine menschliche Entwicklung haben in den vergangenen Jahrzehnten zur Armutsreduzierung beigetragen

– allerdings je nach Region sehr unterschiedlich. Vielen Menschen in Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen hat das Wirtschaftswachstum nur zu einer Existenz knapp oberhalb der Armutsgrenze verholfen. Sehr viele leben noch immer in Armut: 2010 lebten 1,2 Mrd. Menschen in extremer Armut (von 1,25 USD pro Tag), immerhin gegenüber 1,9 Mrd. im Jahr 1990. Die Zahl derer, die mit 2 USD pro Tag auskommen müssen, ist kaum gesunken: 2010 waren es 2,4 Mrd. verglichen mit 2,6 Mrd. 1981. Schätzungen zufolge gelten eine halbe Milliarde Menschen als chronisch arm (ohne Aussicht auf Aufstieg). Gleichzeitig wächst die inter- und intranationale Ungleichheit: Fast die Hälfte des weltweiten Wohlstands ist im Besitz von nur 1 Prozent der Bevölkerung. 7 von 10 Menschen leben in Ländern, in denen wirtschaftliche Ungleichheit in den letzten 30 Jahren zugenommen hat. Anderen Quellen zufolge haben die ärmsten 5 Prozent der Weltbevölkerung seit 1988 weder Einkommens- noch Konsumzuwächse erlebt, und die ärmsten 20 Prozent haben zum Beispiel einen nur marginal besseren Zugang zu Land, Frauen kaum mehr Chancen auf Bildung und Rechte in der Ehe, vergleicht man sie mit Menschen in der Mitte der Einkommensverteilung.

**Die EU sollte die positiven Elemente und Lehren aus dem europäischen Sozialmodell weitergeben, wenn sie bestehende und zukünftige strategische Partnerschaften auslötet sowohl mit Schwellenländern als auch mit Ländern, in denen die EZ ausläuft.**

Hochrechnungen zeigen, dass eine Reduzierung von Einkommensungleichheit und *bad governance* die Ergebnisse der menschlichen Entwicklung signifikant verbessern würde. Das impliziert, dass es möglich ist, mit Blick auf Sterblichkeit, Wachstumsstörungen, Bildung und Zugang zu sauberem Wasser von Kindern bis 2030 die absolute Deprivation auf nahe Null zu senken. Insofern verspricht die Reduzierung von Einkommensungleichheit eine hohe Dividende: Sie hilft, den Einfluss von Wachstum auf die Armutsverringering zu erhöhen, aber auch den über Generationen hinweg bestehenden Armutskreislauf zu durchbrechen. Haushalte bekommen die Möglichkeit, mehr in Bildung und Gesundheit zu investieren und damit mehr Chancengleichheit zu erringen.

Die hartnäckigste Form von Armut herrscht dort, wo sich verschiedene Formen von Ungleichheiten (oder mehrere Nachteile) überschneiden und bestimmte Gesellschafts- oder Personengruppen (zum Beispiel Frauen) betroffen sind. Diese Tatsache hat ihre Wurzeln oft in persistierenden historischen Diskriminierungsmustern.

Chronische Armut ist vielfach an spezifische ‚Chancengleichheiten‘ gekoppelt: Bildung bzw. Beschäftigungschancen, Grund und Boden oder geschlechtsspezifische Ungleichheit. Solche sozial verankerten Ungleichheiten zu beseitigen wird auf dem Weg zur Überwindung extremer Armut und Deprivation Priorität haben.

Die Beseitigung von Armut und Ungleichheit ist ein Kernstück des europäischen Integrationsprojekts. Europa verfügt über beachtliche Erfahrungen mit der Förderung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit – den jüngsten Trends bei Armut und Arbeitslosigkeit zum Trotz. Die meisten EU-Mitgliedstaaten verfügen über ausgereifte soziale Sicherungssysteme. In Europa fällt die Einkommensungleichheit deutlich niedriger aus als anderswo auf der Welt. Etwa 40 Prozent der weltweiten staatlichen

Sozialschutzausgaben werden von Mitgliedstaaten der EU gezahlt. Sie wenden ca. 25 Prozent ihres BIP für soziale Sicherheit auf – der weltweite Durchschnitt beträgt 14 Prozent. Diesen ungeachtet haben Einkommensungleichheit und Arbeitslosigkeit in Europa in den letzten Jahren zugenommen, wobei die Spitzenverdiener (obere 20 %) 2012 im Schnitt 5,1-mal so viel verdienten wie die Geringver-

diener (untere 20 %) und die Arbeitslosenquote von 7,1 Prozent im Jahr 2008 auf 10,9 Prozent im Jahr 2013 stieg. In den Jahren 2009–2012 stieg die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen in der EU von 114 Mio. auf 124 Mio.

Wenn die EU bei der Armutsbekämpfung im In- und Ausland etwas erreichen will, muss sie die Mechanis-

**Abbildung F: Der Tripus der Armut**



Quelle: Chronic Poverty Advisory Network (2014) *Chronic Poverty Report 2014-2015: the road to zero extreme poverty*. London: Overseas Development Institute

men, die Menschen in extremer Armut halten, erkennen und ausschalten. Hierzu müssen chronische Armut bekämpft, Verarmung gestoppt und Auswege aus der Armut offengehalten werden (siehe Abbildung F).

Das oft gehörte Argument, es bestehe ein Zielkonflikt zwischen Wachstum und Umverteilung, überzeugt nicht mehr: Mittlerweile stützen umfangreiche Studien die These, Wachstum reduziert Armut dort schneller und nachhaltiger, wo die Gleichheit größer ist oder Ungleichheiten parallel abgebaut werden. Jüngere Studien zeigen, dass Umverteilung nicht zwangsläufig wachstumshemmend wirkt und Ungleichheiten de facto überwindbar sind.

In Europa haben, zumindest bis zur Finanzkrise, Strukturfonds in beispiellosem Bemühen um länderübergreifende Solidarität ärmeren Mitgliedstaaten geholfen, mit anderen EU-Ländern Schritt zu halten. So gelang es Griechenland von 1995 bis 2005, sein BIP von 74 auf 88 Prozent des durchschnittlichen BIP der EU zu erhöhen und damit zu den anderen 27 EU-Ländern aufzuschließen. Auch Spanien und Irland konnten bis 2005 ihr BIP von 91 auf 102 Prozent bzw. von 102 auf 145 Prozent des EU-Durchschnitts steigern.

Mehr Wohlfahrt und Gleichheit auch jenseits Europas liegt im ureigenen Interesse der EU: Sie tragen nicht nur zu wirtschaftlichem Wachstum, Investitionen und besserer Governance in Entwicklungsländern bei, sondern erleichtern es der EU, ihre Ziele in der Sicherheits-, Migrations- und Asylpolitik zu erreichen. Überdies helfen Bemühungen auf diesem Gebiet der EU, ihre maßgebliche Rolle bei der Erhaltung und Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu festigen.

Leider hat sich bei einer Prüfung von Evaluierungen der Europäischen Kommission im Bereich EZ und humanitäre Hilfe gezeigt, dass das Gesamtziel der EU-EZ (und damit die angestrebte Wirkung) zwar Beseitigung der Armut heißt. Die Armutswirkung der jeweiligen Maßnahmen ist jedoch bisweilen aus den thematischen und Instrumentenevaluierungen nur schwer abzuleiten. Offenbar sind nur wenige Projekte und Programme explizit auf Armutsbekämpfung ausgelegt (obgleich viele spezifische Ungleichheiten genannt werden), und selten ist klar zu erkennen, inwiefern sich Armut und Ungleichheit durch EU-Maßnahmen verändert haben. Die EU ist nicht der einzige Geber, dem es schwerfällt zu belegen, dass er Armut und Ungleichheit reduziert. Nichtsdestotrotz muss dieses Problem angegangen werden. Arbeit wartet in vielen Bereichen: Bildung, soziale Sicherheit, Landwirtschaft, Beschäftigung und Menschenrechte. Auch

vernachlässigte Regionen müssen einbezogen werden.

Ausgehend von ihren politischen Grundsatzdokumenten – dem Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik und der Agenda für den Wandel – sollte die neue politische und administrative Führung der EU weiterhin ihre Vision von einer Welt verfolgen, die auf den Werten soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Solidarität und wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion beruht. Die EU sollte die Vorschläge zu ihren Strategien der Armutsbekämpfung und die Ziele der Post-2015-Agenda unterstützen, die die wichtigsten Maßnahmen beinhalten: chronische Armut bekämpfen, Verarmung vorbeugen und Auswege aus extremer Armut aufzeigen. Hierzu zählt auch, Einkommensungleichheiten zu thematisieren (die auf nationaler Ebene zu definieren sind). Die EU sollte die positiven Elemente und Lehren aus dem europäischen Sozialmodell weitergeben, wenn sie bestehende und zukünftige strategische Partnerschaften auslotet, sowohl mit Schwellenländern als auch mit Ländern, in denen die EZ ausläuft.

Um Wirksamkeit zu entfalten, müssen EU-Maßnahmen auf fundierten Analysen jener Akteure und Faktoren aufbauen, die politischen Wandel und Widerstand gegen armutsorientierte Reformen in Partnerländern beeinflussen. Daher sollte die EU bei der Bestimmung geeigneter Arbeitsfelder und Programme in Partnerländern einen armutsdynamischen Ansatz wählen.

Des Weiteren sollte die EU:

- Die gemeinsame Programmierung mit EU-Mitgliedstaaten weiter ausbauen und sich gemeinsam mit ihnen stärker auf den Abbau von Armut und Ungleichheit in ihrer ganzen internationalen Zusammenarbeit konzentrieren.
- Sicherstellen, dass die Länder, in denen die EZ ausläuft, ein klares ‚Ziel‘ des Aufstiegs haben und nicht alle Instrumente gleichzeitig abgezogen werden, insbesondere nicht „Aid for Trade“ (Handelshilfe). Diese Länder sind maßgebliche Partner bei der Lösung regionaler und globaler Entwicklungsprobleme, vor allem der fünf in diesem Bericht genannten. Die EU benötigt dringend neue Strategien für die Zusammenarbeit mit diesen Ländern.
- Gewährleisten, dass bei der Planung und Umsetzung der Partnerschaften Ergebnisse angestrebt werden, die zur Armutsbeseitigung beitragen, zum Beispiel durch Standards für menschenwürdige Arbeit.
- Im Zuge der Implementierung der ‚Agenda für den Wandel‘ immer wieder die Liste der Länder überprüfen, in denen sie EZ leistet, und Gelegenheiten wie

die Halbzeit-Überprüfung 2017 dazu nutzen, die Liste weiter anzupassen.

## Wie lässt sich die Führungsrolle der EU festigen?

Nur mit einem mutigen neuen Konzept für das Management der EU-Außenmaßnahmen sind die fünf globalen Herausforderungen zu meistern. So wie ihr auswärtiges Handeln bisher organisiert und gestaltet war, ist es der EU nicht gelungen, die notwendigen wesentlichen Veränderungen herbeizuführen. Daher empfehlen wir, die Wirtschaftsweise und Eigenorganisation der EU stärker transformativ auszurichten. Vertragsänderungen sind dafür nicht nötig, aber Führungsstärke, ein Einstellungswandel und neue Arbeitsweisen.

Mit diesen Anforderungen ist die EU schon seit einigen Jahren befasst, verstärkt seit In-Kraft-Treten des Vertrags von Lissabon und der Einrichtung des EAD im Jahr 2009. Gleichwohl fehlt es ihr noch an dem nötigen Rüstzeug für „whole of government“-Ansätze und für ein wirksameres innen- und außenpolitisches Engagement, und zwar aus mehreren Gründen:

- Die Fähigkeit der EU, die Verflechtungen zwischen verschiedenen Außenpolitiken und der Außenwirkung innenpolitischen Handelns zu kontrollieren, bleibt wenig entwickelt.
- Bestehende Koordinationsmechanismen wie die etablierte Gruppe der Kommissare für Außenbeziehungen waren bislang eher passiv.
- Der EAD hat wenig zur Schärfung des Profils der EU beigetragen, ob im Zusammenhang mit globalen Entwicklungsproblemen, einer auf multilateraler Ebene effektiveren EU-Vertretung oder der Planung mittel- bis langfristiger Strategien zur Bewältigung globaler Herausforderungen.
- Allzu oft hängt die Reaktion der EU auf globale Herausforderungen von den EU-Instrumenten ab, was „Silo-Denken und -Arbeiten“ begünstigt.
- Fachliche und diplomatische Foren, die zentrale Fragen ganzheitlich betrachten, fehlen.
- Da die Arbeit des Europäischen Parlaments in Ausschüssen erledigt wird, die jeweils für ein Thema zuständig sind, ist es für Querschnittsthemen schlecht gerüstet. Zudem konkurrieren die Ausschüsse häufig

**Die EU sollte ihre Ziele auf höchster Ebene und über ihre Institutionen und Direktionen hinweg wesentlich effektiver verfolgen und „whole of government“- Ansätze mit klarer und direkter politischer Verantwortlichkeit entwickeln.**

um die Mandate für bestimmte Themen.

Über eine Reihe von miteinander verknüpften Politikfeldern hinweg zu „liefern“ wird nur gelingen, wenn sich die gemeinsamen Lenkungsgruppen im Rat, das Kollegium der Kommissionsmitglieder, die Direktionen der Kommission, der EAD, das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten stärker auf auswärtiges Handeln konzentrieren (einschließlich der externen Dimension der EU-Innenpolitik). Hierbei wird der Kommissar für Entwicklung eine zentrale Rolle spielen.

Zukünftig muss die Europäische Union:

- Ihre Ziele auf höchster Ebene und über ihre Institutionen und Direktionen hinweg wesentlich effektiver verfolgen und „whole of government“-Ansätze mit klarer und direkter politischer Verantwortlichkeit entwickeln.
- Die Zusammenarbeit von EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen enger und wirksamer gestalten.
- Globale Vereinbarungen verstehen, vorantreiben und erfolgreich abschließen.
- Bei der Förderung multilateraler Strukturen und der Steuerung des internationalen Systems Führungsstärke beweisen.
- In sensiblen Umfeldern, etwa in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten, intensiver, geschlossener und umsichtiger arbeiten.

- Ihre Fähigkeit, nachhaltige globale Entwicklungsperspektiven für eine Reihe von Problemen zu bieten, erweitern.

- Ehrlicher, selektiver und strategischer reagieren, wenn sie mit ihrem Engagement keinen zusätzlichen Nutzen erbringt, und sich ggf. zurückziehen – die EU muss nicht bei allen

globalen Problemen präsent sein.

Vor allem muss die Europäische Union:

- Eine globale EU-Strategie entwickeln, die internes und auswärtiges Handeln miteinander verzahnt und nachhaltige Entwicklung und globales gemeinsames Handeln anstrebt.

„Europa 2020“ bietet der EU eine Strategie für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Strategie ist jedoch maßgeblich eine EU-interne Agenda. In der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 und ihrer 2008 ergänzten Fassung wird der Rest der Welt als Bedrohung betrachtet. Es fehlt fast jedes Verständnis für eine gemeinsame Verantwortung für die Welt, ihre Ressourcen und ihre

Menschen.

Stattdessen sollte die EU eine Strategie erarbeiten, die die fünf, in diesem Bericht aufgezeigten globalen Herausforderungen angeht: verantwortliches, inklusives Wachstum, eine nachhaltige grüne Wirtschaft, Frieden und Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte und die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Diese sollte eng mit Binnenstrategien verknüpft sein und spezifische Ziele haben, wie in „Europa 2020“ dargelegt. Zudem sollte sie ein erneuertes Verständnis von multilateraler Ordnungspolitik, multilateralen Institutionen und strategischen Partnerschaften haben, das auf gemeinsamen Interessen und konkreten Wegen globalen gemeinschaftlichen Handelns basiert. Eine globale Strategie muss mit Prioritäten, etwa wie im 18-monatigen Arbeitsprogramm der Kommission oder vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder festgelegt, greifbare, direkte Orientierung geben.

- Eine starke Führung über Politikbereiche hinweg zulassen

Der neue Kommissionspräsident sollte die Kommissare in sogenannte Cluster gruppieren, die von jeweils einem Vizepräsidenten geführt werden. In einer informellen Abmachung sollte geregelt sein, dass die Vizepräsidenten (VPs) die Arbeit der Cluster in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich koordinieren, auch wenn alle Kommissare formal den gleichen Rechtsstatus haben. VPs hätten zwei unterschiedliche Aufgaben: die Überwachung der Kommissare, also eine interne Koordinationsfunktion, und die Außendarstellung der EU und Verbesserung ihrer Sichtbarkeit in dem jeweiligen Themengebiet, eine externe Funktion. Auf jeden Fall müssten die für die Cluster der Kommission zuständigen VPs dem Präsidenten der Kommission, dem Kollegium insgesamt und dem Parlament regelmäßig über ihre Aktivitäten und politischen Vorgaben berichten.

Als für das gesamte auswärtige Handeln der EU Verantwortlicher muss der neue Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik bzw. Vizepräsident der Kommission (HR/VP) seine politische Führungsstellung weiter ausbauen und die wirkungsvolle Koordination aller Außenmaßnahmen garantieren. Das heißt auch, die Außenwirkung innenpolitischer Vorgaben (etwa der Klima-, Energie- und Migrationspolitik) zu

**Die EU sollte eine globale EU-Strategie entwickeln, die internes und auswärtiges Handeln miteinander verzahnt und nachhaltige Entwicklung und globales gemeinsames Handeln anstrebt.**

beobachten und zu hinterfragen. Dazu müsste die Gruppe der Kommissare für Außenbeziehungen mit neuem Leben gefüllt werden und künftig die Kommissare für Entwicklung, humanitäre Hilfe, Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Handel, Wirtschaft und Währung, Umwelt, Klimapolitik und Landwirt-

schaft zu ihren Mitgliedern zählen. Zudem sollte die Gruppe aktiver zur Planung von Gemeinschaftsprojekten genutzt werden. Das setzt starkes politisches Führungengagement auf höchster Ebene voraus (entweder seitens des Kommissionspräsidenten und HR/VP in einer Person oder indem die Kommissare für Außenbeziehungen das Mandat erhalten, als Stellvertreter des HR/VP zu handeln). Einmal mehr wird deutlich, dass dem Entwicklungskommissar als dem wichtigsten Sprecher und politischen Führer mit einem Hauptaugenmerk auf Entwicklungsländern eine zentrale Rolle zukommt.

Für die Cluster der Kommission, die nicht mit auswärtigem Handeln befasst sind, wäre es aus Sicht der globalen Entwicklung besonders wichtig, eng mit dem HR/VP zusammenzuarbeiten. Zudem würde eine neue EU-Strategie die gemeinsame strategische Ausrichtung über Themenblöcke hinweg ermöglichen. Ihre schrittweise Umsetzung wäre durch regelmäßige Treffen der zuständigen VPs sicherzustellen und zu begleiten. Gemäß unserem Plädoyer, dass die höchste Führungsebene die Mitgliedstaaten einbinden und ihnen Verantwortung übertragen muss, sollte der Ratspräsident die Themen dieses Berichts auf die Agenda mindestens eines EU-Gipfeltreffens setzen.

- Arbeitsgruppen bilden, die hochrangige gemeinsame Strategien und Arbeitsprogramme für die fünf Schwerpunktbereiche entwickeln

Der Hohe Vertreter sollte seinen Einfluss als Vizepräsident nutzen und in der Kommission eine Arbeitskultur entwickeln, die ein flexibles und flüssiges, an die Umstände anpassbares, zügiges Vorgehen ermöglicht. Pro Schwerpunktthema könnte eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die jeweils von einem Kommissar geleitet wird. Dabei sollte das stärkste mögliche Mandat zwischen dem HV/PS und den Kommissaren abgestimmt werden. So ließen sich Anreize für effektives gemeinsames Handeln und Lernen schaffen, das alle – auch die Mitgliedstaaten – einschließt.

Solche Arbeitsgruppen müssen keine permanenten Strukturen sein. Vielmehr ließen sie sich nutzen, um gemeinsame Maßnahmen anzustoßen, wenn Probleme über VPs und Kommissions-Cluster hinweg zu lösen sind. Die Arbeitsgruppen sollten eine bestimmte Anzahl von Pilotprojekten erarbeiten (zwischen Politikfeldern und übergreifend). Vor allem müssen der HR/VP und die Kommissare selbst diese Arbeitsgruppen überzeugend und konsequent politisch fördern (den Vorsitz dieser Treffen sollte ausschließlich die politische Ebene oder der Generaldirektor bzw. Generalsekretär selbst übernehmen). So wird verhindert, dass sie zu Übungen in bürokratischer Verschleppung zwischen Direktionen werden, die den kleinsten gemeinsamen Nenner als Ergebnis präsentieren.

- Die Fähigkeiten und Kapazitäten der EU-Zentrale und Delegationen steigern

Für bereichsübergreifende Arbeit ist es erforderlich, vorhandene Kapazitäten anzupassen. Zum Beispiel sollten transversale Kompetenzen und das Vermögen, fachbereichsübergreifend zu arbeiten, ein klares Verständnis, wie einzelne Politikbereiche miteinander zusammenhängen, diplomatisches und Verhandlungstalent sowie politische und kommunikative Fähigkeiten gestärkt werden. Nach außen sollte mehr Geschlossenheit gezeigt werden (d. h. politischen Willen, interne Konsensfähigkeit und internationale Dialogbereitschaft, um Bündnisse einzugehen und aufrechtzuerhalten). Ein anderer Bereich mit Entwicklungspotenzial ist der interinstitutionelle Wissens- und Erfahrungsaustausch innerhalb von Ländern sowie auf europäischer Ebene. Implementierung in den EU-Delegationen setzt voraus, dass Delegationsleiter ausreichend Fachkompetenz in Fragen der Politikkohärenz haben.

Der neue HR/VP muss auch das Leistungsvermögen des EAD stärken und Teamarbeit verbessern. Dazu gehört es, die vorhandene thematische Expertise der Euro-

päischen Kommission und das Fachwissen von Mitgliedstaaten besser zu nutzen. Ein Großteil der Kommissare in den Kabinetten sollten danach beurteilt und ernannt werden, ob sie Fachkenntnisse in den fünf in diesem Bericht genannten Schwerpunktbereichen nachweisen können.

**Die EU sollte einen „whole of government“-Ansatz mit einer internen und externen Dimension umsetzen. Ohne einen solchen Ansatz kann die EU keinen effektiven Beitrag zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter leisten.**

- EU-Delegationen und EU-Delegationsleiter unterstützen

Die genannten Themen verlangen nicht nur eine unerschrockene, aktive Führung, sondern auch eine wendige, aufgeschlossene und phantasievolle Mitarbeit auf Länder- und Regionalebene („Bottom-up“-Ansatz). Hier spielen EU-Delegationsleiter eine besonders maßgebliche Rolle. Die EU-Delegationen sollten eine langfristige „whole of EU“-Perspektive einnehmen, wenn sie die diplomatischen Ressourcen der EU-Mitgliedstaaten ergänzen und nutzen wollen, keinen technokratischen Tunnelblick, der zunehmend von den kurzfristigen politischen Interessen der Mitgliedstaaten gesteuert wird. Delegationsleiter müssen den „whole of EU“-Ansatz fest im Blick behalten, wenn sie, sofern nötig, Mitarbeiter zu gemeinsamem Handeln motivieren. Und sie müssen in der Lage sein, Informationen nach Brüssel zu melden, wie sich „Top-down“-Ansätze auf Fortschritte in den fünf Bereichen vor Ort real auswirken und wie sie wirksamer gestaltet werden können.

- Das Europäische Parlament reorganisieren, um Rechenschaftspflicht zu stärken

Alle neuen Regelungen sollten eine stärkere parlamentarische Kontrolle vorsehen, jedoch ohne ein Mikromanagement der Haushalte und unter Wahrung der Vertraulichkeit der politischen Berichterstattung des EAD. Es könnten gemeinsame Sonderausschüsse gebildet werden, für die Prüfung von Fragen die thematisch mehrere Ausschüsse berühren. Das hieße, dass Ausschüsse in bestimmten Problembereichen Hand in Hand arbeiten, ohne eine Hierarchie der Mandate.

Jedes Regierungssystem muss sich daran messen lassen, ob es seine Herausforderungen effizient und effektiv meistern kann. In diesem Fall muss das System einen „whole of government“-Ansatz mit internen und externen Dimensionen umsetzen. Ohne einen solchen Ansatz kann die EU keinen effektiven Beitrag zur Bereitstellung globaler

öffentlicher Güter leisten. Die Aufgabe wird noch dadurch erschwert, dass die EU nicht einfach ein Regierungssystem, sondern ein supranationales Mehrebenensystem ‚sui generis‘ ist. Als solches reagiert sie auf den Druck und die Anforderungen ihrer Mitgliedstaaten ebenso wie auf die ihrer Part-

nerländer. Um globale öffentliche Güter nach 2015 bereitstellen zu können, muss die EU als Ganze – Mitgliedstaaten und Institutionen – enger und effektiver zusammenarbeiten.

Die Zeit bis 2020 birgt enorme Chancen für einen Wandel, aber nur, wenn die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. In den kommenden Monaten werden die Verhandlungen um einen Rahmen für nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 und um ein neues Klimaschutzabkommen die internationale Agenda beherrschen. Die „Arbeitsgruppe zu nachhaltigen Entwicklungszielen“ hat ihre Arbeit im Juli 2014 beendet und die Verantwortung an den UN-Generalsekretär übergeben. Im Jahr 2015 finden einige Meilensteine statt, darunter eine Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juli. Alle in diesem Bericht behandelten Themen werden in dem Post-2015-Prozess und in den parallel stattfindenden, entscheidenden Klimagesprächen eine Rolle spielen. Die neue Führung der EU muss sie zu Prioritäten erklären. Sie stehen im Mittelpunkt unseres gemeinsamen Interesses.



Die zentrale Aussage dieses Berichts ist, dass die Ambitionen der EU für die eigenen Bürger – für Wohlstand, Frieden und ökologischer Nachhaltigkeit – nicht von ihrer Verantwortung und den eigenen globalen Möglichkeiten getrennt werden können.

Die Autoren identifizieren fünf globale Probleme, die die Zukunft der EU und der Welt prägen werden. Sie machen fünf Handlungsempfehlungen für die EU. Außerdem untersuchen sie, wie Akteure im EU-System besser zusammenarbeiten können, um einen positiven Beitrag zu leisten. Die Herausforderungen für die EU sind:

1. Die Entwicklung und Umsetzung eines Wachstumsmodell für das 21. Jahrhundert, welches Arbeitsplätze und nachhaltige Lebensgrundlagen für junge Menschen in Europa sowie für die Milliarden in absoluter Armut lebenden Menschen auf der Welt schafft.
2. Die Erarbeitung eines ambitionierten globalen Klimaabkommens im Jahre 2015 sowie die Unterstützung der Transformation hin zu einer "grünen" Wirtschaft.
3. Die Bekämpfung von Konflikten und Staatsfragilität, nicht nur in Krisensituationen sondern auch langfristig.
4. Unterstützung von politischen, sozialen sowie wirtschaftlichen Menschenrechten.
5. Die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit innerhalb der Grenzen der EU und in Entwicklungsländern.

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit von 26 Wissenschaftlern aus vier führenden europäischen Think-Tanks, die alle im Bereich internationale Entwicklung arbeiten. Sie resultiert aus einem gemeinsamen Engagement für internationale Entwicklung, und der Ansicht, dass Strategien und Ansätze für die neue und herausfordernde Zeit dringend überdacht werden sollten.

© German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), European Centre for Development Policy Management (ECDPM), Fundacion para las Relaciones Internacionales y el Dialogo Exterior (FRIDE) and the Overseas Development Institute (ODI), 2014

Layout von Anna Brown und Elize Hefer

Die Argumente in diesem Bericht stammen von den Autoren und repräsentieren nicht notwendigerweise die Sichtweise der Institutionen, aus denen die European Think Tank Group besteht. Leserinnen und Leser sind eingeladen diesen Bericht zu zitieren oder Material dieses Berichtes für eigene Publikationen weiterzuverwenden. ODI, DIE, ECPDM und FRIDE bitten um entsprechende Kennzeichnung und eine Kopie der Publikation.



**European Think Tanks Group**  
[www.ettg.eu](http://www.ettg.eu)



203 Blackfriars Road  
London, SE1 8NJ  
United Kingdom  
Tel: +44 (0)20 7922 0300  
Fax: +44 (0)20 7922 0399

[euprogramme@odi.org](mailto:euprogramme@odi.org)  
[www.international-development.eu](http://www.international-development.eu)  
[www.odi.org](http://www.odi.org)

d.i.e

Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik

Tulpenfeld 6  
D-53113 Bonn  
Tel.: +49 (0)228-94 927-0  
Fax: +49 (0)228-94 927-130

[die@die-gdi.de](mailto:die@die-gdi.de)  
[www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de)  
[www.facebook.com/DIE.Bonn](http://www.facebook.com/DIE.Bonn)  
[www.youtube.com/DIENewsflash](http://www.youtube.com/DIENewsflash)



German Development  
Institute

FRIDE  
A EUROPEAN  
THINK TANK FOR GLOBAL ACTION

Calle de Felipe IV, 9  
1º derecha 28014 Madrid  
ESPAÑA  
Tel: +34 91 244 47 40

[fride@fride.org](mailto:fride@fride.org)  
[www.fride.org](http://www.fride.org)

European Centre for Development  
Policy Management

ecdpm

Onze Lieve Vrouweplein 21  
6211 HE Maastricht  
The Netherlands  
Tel + 31 (0)43 350 2900  
Fax + 31 (0) 43 350 2902

[info@ecdpm.org](mailto:info@ecdpm.org)  
[www.ecdpm.org](http://www.ecdpm.org)